



Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität



Immer wieder wird seitens der Medien, des politischen Gegners und der von ihm instrumentalisierten Ämter für Verfassungsschutz unterstellt, die AfD vertrete einen Volksbegriff, der auf das Ethnisch-Kulturelle verengt sei und daher gegen die im Grundgesetz festgeschriebene Menschenwürdegarantie verstoße. Wer nicht dem ethnisch definierten Volk angehöre, so wird suggeriert, dem wolle die AfD staatsbürgerliche Rechte oder gar elementare Menschenrechte vorenthalten oder entziehen. Aus dieser haltlosen Verdachtskonstruktion wird die Behauptung verfassungswidriger Bestrebungen unserer Partei abgeleitet und ihr das Prädikat „demokratisch“ abgesprochen. So ganz offen und re-

gelmäßig von den anderen im Bundestag vertretenen Parteien, die sich selbst als Block die „demokratischen“ nennen und die AfD damit als „undemokratisch“ zu markieren versuchen.

Durch unser Grundsatzprogramm und unsere Wahlprogramme auf Bundes- und Landesebene sowie durch zahllose Reden und Verlautbarungen der maßgeblichen Exponenten unserer Partei sind diese vollkommen haltlosen Diffamierungen implizit und explizit hundertfach Lügen gestraft. Da sie gleichwohl aber in bewusster politischer Schädigungsabsicht hartnäckig weiter vorgebracht werden, sehen sich die Unterzeichner zu folgender Erklärung veranlasst:



Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität

- I.** Als Rechtsstaatspartei bekennt sich die AfD vorbehaltlos zum deutschen Staatsvolk als der Summe aller Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Unabhängig davon, welchen ethnisch-kulturellen Hintergrund jemand hat, wie kurz oder lange seine Einbürgerung oder die seiner Vorfahren zurückliegt, er ist vor dem Gesetz genauso deutsch wie der Abkömmling einer seit Jahrhunderten in Deutschland lebenden Familie, genießt dieselben Rechte und hat dieselben Pflichten. Staatsbürger erster und zweiter Klasse gibt es für uns nicht.

- II.** Gleichwohl ist es ein völlig legitimes politisches Ziel, welches sowohl dem Geist als auch den Buchstaben des Grundgesetzes entspricht, das deutsche Volk, seine Sprache und seine gewachsenen Traditionen langfristig erhalten zu wollen. Damit befinden wir uns im Einklang mit dem Bundesverwaltungsgericht, welches in einem Urteil ausdrücklich festgestellt hat, dass die Wahrung der geschichtlich gewachsenen nationalen Identität als politisches Ziel nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstößt. Vielmehr sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nur dann in einem Gemeinwesen dauerhaft garantiert, wenn dieses durch ein einigendes kulturelles Band zusammengehalten wird und nicht in Teilgesellschaften zerfällt, die einander fremd bis feindselig gegenüberstehen.



Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität

- III.** Gerade weil die Zugehörigkeit zum Staatsvolk von der ethnisch-kulturellen Identität der betreffenden Person rechtlich unabhängig ist, halten wir es für eminent wichtig, den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft und damit die Aufnahme in das deutsche Staatsvolk, die definitiven Charakter hat, an strenge Bedingungen zu knüpfen. Nur wer unsere Sprache spricht, unsere Werte teilt und unsere Lebensweise bejaht, soll Deutscher nach dem Gesetz werden können. Und nur wenn die Zahl der in Deutschland aufgenommenen und eingebürgerten Personen die Integrationskraft der deutschen Gesellschaft nicht übersteigt, bleibt das Staatsvolk auf lange Sicht auch Träger der deutschen Kultur und Identität.
- IV.** Im Sinne unseres politischen Ziels, dem deutschen Staatsvolk auch eine deutsche kulturelle Identität über den Wandel der Zeit zu erhalten, wollen wir die aktuelle Massenzuwanderung, die auf einem Missbrauch der Asylgesetzgebung beruht, beenden. Dem geltenden Grundgesetz gemäß soll nur wirklich politisch Verfolgten Asyl gewährt werden, eine Einreise Asylsuchender nach Deutschland über sichere Drittstaaten muss ausgeschlossen sein. Fehlanreize zur Einwanderung in die Sozialsysteme wollen wir beenden. Die Zuwanderung muss nach dem Bedarf des deutschen Staates in quantitativer und qualitativer Hinsicht gesteuert werden und findet ihre Grenze an der Aufnahmefähigkeit der deutschen Gesellschaft. Es gibt kein Menschenrecht auf Migration in das Land der eigenen Wahl. Sehr wohl aber gibt es das Recht „eines jeden Volkes, seine kulturelle Identität zu erhalten und zu schützen“, wie es die UNESCO-Erklärung von Mexiko-City über Kulturpolitik 1982 eindeutig festgestellt hat.



Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität

Wir sind der Überzeugung, dass nur diese selbstbewusste Haltung positiver Identifikation mit der eigenen Sprache, Kultur und Nation ein attraktives Angebot an Einbürgerungswillige macht, das sie die Mühen der Integration mit Stolz und Freude auf sich nehmen lässt. Wir laden alle Deutschen – ohne wie auch mit Migrationshintergrund – ein, mit uns gemeinsam an einem friedlichen, demokratischen, rechtsstaatlichen und selbstbewussten Deutschland zu bauen.

Dr. Alexander Gauland MdB
(Ehrenvorsitzender)

Prof. Dr. Jörg Meuthen MdEP
(Bundessprecher)

Tino Chrupalla MdB
(Bundessprecher)

Dr. Alice Weidel MdB
(Stellv. Bundessprecherin)

Stephan Brandner MdB
(Stellv. Bundessprecher)

Beatrix von Storch MdB
(Stellv. Bundessprecherin)

Carsten Hütter MdL
(Bundesschatzmeister)

Christian Waldheim
(Stellv. Bundesschatzmeister)

Joachim Kuhs MdEP
(Schriftführer im Bundesvorstand)

Dr. Sylvia Limmer MdEP
(Beisitzerin im Bundesvorstand)

Joachim Paul MdL
(Beisitzer im Bundesvorstand)

Jochen Haug MdB
(Beisitzer im Bundesvorstand)

Stephan Protschka MdB
(Beisitzer im Bundesvorstand)

Dr. Alexander Wolf MdHB
(Beisitzer im Bundesvorstand)

Joana Cotar MdB
(Beisitzerin im Bundesvorstand)



Albrecht Glaser MdB
(Vors. Bundesprogrammkommiss.)

Edeltraud Schwarz
(Vorsitzende des Konvents)

Dr. Marc Jongen MdB
(Stellv. Landesvorsitzender)

Corinna Miazga MdB
(Landesvorsitzende)

Dr. Nicolaus Fest MdEP
(Vorsitzender des Notvorstands)

Birgit Bessin MdL
(Stellv. Landesvorsitzende)

Peter Beck MdBB
(Landesvorsitzender)

Dirk Nockemann MdHB
(Landessprecher)

Robert Lambrou MdL
(Landessprecher)

Klaus Herrmann MdL
(Landessprecher)

Leif-Erik Holm MdB
(Landessprecher)

Jens Kestner MdB
(Landesvorsitzender)

Rüdiger Lucassen MdB
(Landessprecher)

Michael Frisch MdL
(Landesvorsitzender)

Dr. Christian Wirth MdB
(Landesvorsitzender)

Jörg Urban MdL
(Landesvorsitzender)

Martin Reichardt MdB
(Landesvorsitzender)

Joachim Schneider
(Stellv. Landesvorsitzender)

Björn Höcke MdL
(Landessprecher)

Damian Lohr MdL
(JA-Bundesvorsitzender)

Berlin, 18. Januar 2021